

Warum Teilen verbinden und Solidarität spalten kann

Nachgedanken zu dem umstrittenen Mai-Motto 1992
des Deutschen Gewerkschaftsbundes¹

Prof. Dr. Jürgen Hoffmann, geb. 1944 in Jerxheim, Studium der Politikwissenschaft an der FU Berlin, ist Hochschullehrer für Politische Soziologie an der Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg, Mitherausgeber und Mitautor des Buches „Jenseits der Beschlußlage - Gewerkschaft als Zukunftswerkstatt“ (Köln 1990), Mitglied des „Hattinger Kreises“.

Das Wort vom „Teilen“, das „verbindet“, erregt in den deutschen Gewerkschaften die Gemüter und scheint wenig Verbindendes zu bewirken. Eher brechen an diesem Motto alte Frontlinien wieder auf, ganze DGB-Kreise und Landesbezirke haben die zentrale Mai-Losung nicht übernommen, Vorsitzende von Einzelgewerkschaften polemisierten in ihren Mai-Reden ganz unverblümt gegen die Losung des Dachverbandes. Die Ablehnung wird nicht zuletzt durch die Versuche der Regierung befördert, ihr wirtschaftspolitisches „Waterloo“ in den neuen Bundesländern, die eigene Konzeptlosigkeit jenseits von Markteuphorien, durch das den Gewerkschaften anempfohlene Teilen, durch nachträgliche Umverteilung zuungunsten der Einkommensschwachen und durch Sündenbocksuche bei den Gewerkschaften zu verschleiern. Und auch die pünktlich zur Tarifrunde auftauchende Debatte um den „Standort Bundesrepublik“ und die Forderung der Arbeitgeberverbände, in der laufenden Tarifrunde doch „Solidarität“ zu zeigen, auf Lohnerhöhungen zu verzichten oder zumindest maßvolle Lohnforderungen zugunsten der Sicherheit der Arbeitsplätze und des Aufbaus in den neuen Ländern zu stellen, haben das Motto bei den Lohnabhängigen sicherlich nicht populärer gemacht.

¹ Der folgende Text geht auf ein Redemanuskript für eine Rede zurück, die auf dem außerordentlichen Bezirkstag des Bezirks Schleswig-Holstein der Deutschen Postgewerkschaft gehalten werden sollte - aber wegen des zu diesem Termin laufenden Streiks abgesagt werden mußte. In das Manuskript wurde ein kurzer Text, der in der März-Ausgabe der ÖTV-Magazins (1992) zum Begriff des „Diskurses“ veröffentlicht wurde, eingearbeitet.

I.

Mit dem Motto „Teilen verbindet“ hat sich der DGB in der Tat einer Parole verschrieben, die spätestens seit der Lafontaine-Debatte um die Arbeitszeitverkürzung und der problematischen - weil nur defensiven - Rolle, die leider in dieser Diskussion viele Gewerkschafter spielten, zu einem Eckstein konservativer Hegemonie in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik gehört, obwohl es doch seinen Ursprung in der Gewerkschaftsbewegung hatte. Die Forderungen nach „Teilen“ der Arbeitsplatzbesitzer mit den Arbeitslosen, der leistungsstarken Jungen mit den schwachen Alten, der „Wessis“ mit den „Ossis“ - dies waren öffentlichkeitswirksame Forderungen des konservativen Lagers, die aus Gewerkschaftssicht schlecht zu den Prozentforderungen der Tarifrunden paßten - und umso effektiver wurden sie von der Gegenseite aufgegriffen, die damit zugleich bei jenen, zu deren Gunsten geteilt werden sollte, offene Ohren und Zustimmung bei Wahlen fand.

Die gewerkschaftsinternen Argumente gegen das DGB-Motto sind bekannt; sie sind auch in sich konsistent und sollen gar nicht bestritten werden: Wird unter dem Teilen nämlich das Teilen zwischen Lohnarbeit, Kapital und Staat allein verstanden, dann ist es in der Tat schon zynisch, diejenigen zum Teilen durch Lohnverzicht aufzurufen, die in den achtziger Jahren eine enorme Umverteilung von den Lohn- zu den Gewinneinkommen und die die Senkung der Lohnquote auf das Niveau der frühen sechziger Jahre erleben mußten, die zugleich Opfer der steuerlichen Umverteilungen und der Sparmaßnahmen in den öffentlichen Haushalten geworden sind, die vor allem vor Ort in den Wohngebieten unter der finanziellen Misere der Kommunen und des öffentlichen Dienstes zu leiden hatten und haben und die darüber hinaus über das Sozialversicherungssystem die finanziellen Mittel für die Verwaltung der Arbeitslosigkeit und der allgemeinen sozialen Probleme aufbringen müssen: nämlich die Arbeitnehmer/innen, besonders die schlechter verdienenden Arbeiter/innen und Angestellten.

Und dies zu einem Zeitpunkt, zu dem die Unternehmen steuerlichen Entlastungen entgegensehen, ohne daß Investitionen in den neuen Ländern garantiert sind. Daß dagegen laut Bundesbankbericht die Liquidität der Unternehmen im Jahre 1991 circa 670 Milliarden DM betragen hat, aber nur 13 Milliarden DM in den neuen Ländern von eben diesen Unternehmen investiert worden sind, solche Zahlen nehmen inzwischen nicht nur Gewerkschafter in den Mund, solche Zahlen muß heute sogar der Arbeitsminister Blüm den Unternehmen vorhalten. Und daß sich mit der Staatsverschuldung und der Hochzinspolitik nicht nur die Bedingungen eines Aufschwungs im Osten enorm verschlechtern (ähnlich den Wirkungen der Weltschuldenkrise im Süden unseres Globus'), sondern daß zugleich eine immer größere Klasse von Staatsrentiers entsteht, die das hauptsächlich aus Lohnsteuern finanzierte Steueraufkommen über Zinszahlungen des Staates abschöpft und die selbst nicht zur Kasse gebeten werden soll, dies ist zwar eine weniger bekannte, aber nichtsdestotrotz immer wichtiger werdende Tatsache der Verschiebung der

gesellschaftlichen Reichtumsverteilung in Form einer stillen und in der Regel auch unreproduktiven Umverteilung.

II.

Teilen verbindet also nicht, Teilen verbittert - so jedenfalls der kritische Kommentar Elmar Altvaters. Aber dies ist nur die eine Seite der Medaille, die eben zwei Seiten hat. Denn diejenigen, die meinen, daß sie „aus dem Schneider“ wären, wenn sie in Mai- und Streikreden das ungeliebte „Teilen“ durch das mit Klassenkampfpfathos wirkungsvoll unterlegte Wort „Solidarität“ ersetzen, irren sich gewaltig. Denn es geht bei ihnen hier zwar um das Zusammenstehen im Kampf gegen den Tarif- oder Klassengegner - und das ist sicherlich nicht wenig. Aber: Die diesem gemeinsamen Kampf zugrundeliegenden Interessen sind ja in der Regel von vornherein gemeinsame Interessen, die die Kämpfenden teilen, weil sie an *demselben Arbeitsmarkt* teilhaben. Und *der hat* das schwierige Geschäft der Vereinheitlichung schon geleistet. Der Solidaritätsappell richtet sich hier auch eher an das Durchstehen des Kampfes und der damit einhergehenden Entbehrungen, an die Ausdauer der Kämpfenden, an die ungeliebten Trittbrettfahrer oder gegen potentielle Streikbrecher. *Diese* Solidarität aber bringen auch diejenigen der US-amerikanischen Gewerkschaften auf, die sich als Geschäftsunternehmen des Verkaufs der Ware Arbeitskraft ihrer Mitglieder verstehen und militant dieses - und nur dieses - Interesse durchsetzen. Die sich also - wie es Walther Müller-Jentsch einmal ausgedrückt hat - als eine Art ADAC für Arbeitnehmer verstehen. Ein Beispiel dafür geben auch jene italienischen „comitate di base“ (Basiskomitees), die oft kleine, relativ privilegierte Arbeitnehmergruppen besonders im öffentlichen Dienst (ähnlich den Fluglotsen bei uns) militant vertreten und die sich den Teufel um die gesellschaftlichen Auswirkungen ihrer Aktionen scheren.

Bleibe es heute allein dabei, bleibe es bei dieser Definition von Solidarität, dann kann man die Solidaritätsparole derjenigen, die Solidarität gegen Teilen setzen, geradewegs umkehren: *Teilen verbindet, Solidarität spaltet!* Denn diese Solidarität ist eine Solidarität innerhalb der vom Kapital beziehungsweise dem Staat als Arbeitgeber definierten Teil-Arbeitsmärkte, die gemeinsame materielle Interessen eben nur für jene beinhalten, die an diesen Arbeitsmärkten teilhaben. Aber wer garantiert denn, daß diese besonderen materiellen Interessen der Kämpfenden nicht gegen die besonderen Interessen anderer Gruppen in der eigenen Klasse stehen, die nicht in diesen Teil-Arbeitsmärkten beschäftigt sind - zum Beispiel untere Lohngruppen, Arbeitslose, Marginalisierte - von den großen Verteilungsfragen (West-Ost, Nord-Süd) ganz zu schweigen.²

² Dieser Gegensatz ist nicht aus der Luft gegriffen: Daß sich dies Problem bereits bei der Forderngsstruktur stellt - Prozentforderungen oder Festbeträge, soziale Komponenten etc. - und die Gewerkschaftsführungen bei einem zu offensiven Kurs in diese Richtung um ihre Wahlmandate fürchten müßten, ist nur allzu bekannt; die reinen Prozentforderungen im Öffentlichen Dienst in der Tarifrunde 1992 sind/waren in dieser Perspektive durchaus frag-würdig, auch wenn die Reform des „BAT“, der sich gegen „soziale Komponenten“ sperrt und der hier letztlich neu diskutiert werden mußte, sicherlich ein schwierig' Ding ist!

Will man unter Solidarität mehr verstehen als ein kurzfristiges Zusammenstehen im Kampf um die Durchsetzung von mit anderen gemeinsam geteilten Interessen in einem Teil-Arbeitsmarkt - dann hat dieses Wort allerdings schon einen anderen inhaltlichen Kern, nämlich den des Teilens der Starken mit den Schwachen. *Dann heißt Solidarität „Teilen“* und zwar heißt dies *Teilen in einer Klasse*. Erst dadurch kann man dem Wort „Solidarität“ schließlich jenseits von Kumpanei oder links gewendeter Kameradschaft einen Sinn abgewinnen: Daß das eigene Interesse, das immer ein Einzel- beziehungsweise Gruppeninteresse ist, durch einen Ausgleich mit anderen Interessen vermittelt ist und deshalb nicht egoistisch formuliert und durchgesetzt werden kann. Und deswegen macht Solidarität, nämlich diese Solidarität des Teilens, die Gewerkschaften stark, weil sie dann nicht mehr ohne weiteres durch das Spiel der Gegenseite mit den Unterschieden zwischen den Teil-Arbeitsmärkten, mit der Konkurrenz unter Arbeitnehmern ausgehebelt werden können—wie übrigens auch ein Blick auf die Stärke der Gewerkschaften in jenen Ländern zeigt, von denen bereits die Rede war.

III.

Dieser Interessenausgleich, dieses Teilen, ist aber heute schwieriger denn je geworden, weil die Interessen in der Klasse der Lohnabhängigen zwar weiterhin gegen den Tarif gegner stehen, aber in sich unterschiedlicher und angesichts von neuartigen gesellschaftlichen Problemstellungen auch unübersichtlicher geworden sind.

An dieser Stelle sei ein Blick in die Geschichte gewagt, um das zu verhandelnde Problem wiederum genauer in den Griff zu bekommen. Denn der mögliche Gegensatz von der Solidarität in der Durchsetzung der eigenen Interessen und der Solidarität des Teilens war in der Zeit der „klassischen Arbeiterbewegung“ kein zentrales Problem (wenngleich vorhanden und oft sträflich unterschätzt): Der Gegensatz der Lohnabhängigen zum Tarif gegner, zum Kapital und zum autokratischen Staat wurde nämlich zugleich von dem Leben der großen Masse der Arbeiterschaft am Rande des Existenzrainimums getragen. Das gemeinsame Leben am Rande eines stets drohenden Elends ließ die Frage nach dem Teilen gar nicht erst aufkommen, denn es gab in der eigenen Klasse nicht viel zu verteilen. Insofern war durch den nackten materiellen Zwang des drohenden Elends das gemeinsame Interesse vorgegeben, das mehr oder weniger identisch war mit dem Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital in der Gesellschaft. Der sogenannte „Grundwiderspruch“ konnte also in der eigenen Lebenslage für jede und jeden verortet werden. Die besonderen Interessen der Arbeiterschaft waren auf die Abschaffung jener gesellschaftlichen Verhältnisse gerichtet und deswegen waren sie zugleich—wie es Marx ausdrückte - die allgemeinen Interessen der Menschheit.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter hatten zwar schon damals mehr zu verlieren als ihre Ketten, aber für besondere Interessen innerhalb der Klasse blieb wenig Raum. Dafür sorgte schließlich auch der Klassengegner, der not-

falls mit Hilfe des Militärs den Klassenkampf führte und der Arbeiterschaft nicht nur in der Fabrik, sondern auch im gesellschaftlichen Machtkampf jene quasi militärische Disziplin und Symbolik auf zwang, die in einem schillernden Gegensatz zu den Demokratisierungs- und Emanzipationsforderungen der Arbeiterparteien standen und von denen sie manchmal noch heute in Mai-feiern und-reden zehrt.

Dieses durch drohendes Elend, großstädtisches Arbeitermilieu und den Klassenkampf von oben geprägte *Lager* der Arbeiterschaft sollte aber kein Anlaß für heimliche Sozialromantik sein, sondern aus seinen historischen Entstehungsbedingungen heraus verstanden werden: Es war ein Lager, das Solidarität vorrangig als militärische Disziplin und Kollektivität verstand - eben in der oben dargestellten ersten Bedeutung als Element des Kampfes. Es war ein Lager, das oft eine „Wagenburgmentalität“ entwickelte oder entwickeln mußte, und das, wie so viele Lager, ausgrenzte - Frauen, Marginalisierte des Arbeitsmarktes, Arbeiter der ersten Generation in der Stadt, Arbeitsmigranten und so weiter haben dies oft spüren müssen, der „deutsche männliche Facharbeiter mittleren Alters“ gab schon damals den Ton an.

Auch die organisatorischen Strukturen der Arbeiterbewegung waren der sozialen Situation angepaßt: Auf der Basis eines vorgegebenen gemeinsamen Interesses gab es - organisationssoziologisch ausgedrückt - nur wenige, einfache Informationen für die „Führung“ zu verarbeiten und entsprechend einfache Entscheidungen zu fällen. Und einfache Informationen in Entscheidungen umsetzen - dies konnte und kann jene Organisationsform, die die Arbeiterbewegung aus Betrieb und Gesellschaft schon kannte und die auch dem Lager im Klassenkampf am ehesten angemessen war: die *zentralistisch-hierarchische* Organisation, die später - wohl mehr aus schlechtem Gewissen - „demokratisch-zentralistisch“ genannt wurde und die ja auch gesellschaftliche Rationalität im Sinne des „Funktionierens“ und der Gleichbehandlung versprach. Schließlich diente die Deutsche Reichspost nicht von ungefähr als Vorbild für die zukünftige sozialistische Gesellschaft - und zwar nicht nur bei Lenin. Und diese nach den Gesetzen des historischen Materialismus notwendig hereinbrechende sozialistische Zukunftsgesellschaft entlastete nicht zuletzt auch den Lohnkampf von gesellschaftlichen Gestaltungsvorstellungen: Man kämpfte ja sowieso in einer dem Untergang geweihten Gesellschaft - bis dann in der neuen Gesellschaft „die Sonn' ohn' Unterlaß scheinen würde“ (von Klimakatastrophen war damals noch nicht die Rede).

IV.

Diese sozialen Grundlagen und Selbstverständlichkeiten gewerkschaftlicher Politik sind heute so nicht mehr vorhanden. Vorweg zunächst eines: Es soll gar nicht bestritten werden, daß unsere Gesellschaft weiterhin eine kapitalistisch organisierte ist, in der nach der einzelwirtschaftlichen Rationalität des „Aus Geld mehr Geld machen“ gewirtschaftet wird, in der ökonomisch vermittelte Herrschaftsverhältnisse weiterhin bestehen und in der die

Dynamik des kapitalistischen Marktes zu bislang ungeahnten globalen sozialen und ökologischen Risiken geführt hat beziehungsweise zu führen droht. Dennoch fällt es immer schwerer, ja, es wird sogar unmöglich, Ursachen und Lösungen gesellschaftlicher Probleme in einem Punkt - etwa dem berühmt-berüchtigten Grundwiderspruch - aufzufinden. Die Frauenbewegung zum Beispiel betont zu Recht die patriarchalische Grundstruktur unserer Gesellschaft; die ökologischen Bewegungen verweisen auf den ökologisch destruktiven Lebensstil, den „way of life“, der quer zum Gegensatz Lohnarbeit - Kapital steht; die marginalisierten Arbeitslosen sehen sich im Gegensatz zu den Arbeitsplatzbesitzern und erfahren die alte kapitalistische Weisheit, daß Ausbeutung zwar schlimm sein mag, aber nicht ausgebeutet zu werden in unserer Gesellschaft schlimmer ist.

Für die Gewerkschaften sind mit diesen gesellschaftlichen Veränderungen vor allem die alten Sicherheiten dahin: Mit der stürmischen Entwicklung der Wirtschaft in den fünfziger und sechziger Jahren und unterstützt durch die gewerkschaftliche Lohnpolitik hat sich bis Mitte der achtziger Jahre der Durchschnittslebensstandard real verdreieinhalbfacht, und die Arbeitszeit wurde um rund 10 Wochenstunden verkürzt. Gerade weil dies eine Durchschnittszahl ist, ist darin die Möglichkeit und Wirklichkeit einer unterschiedlichen, nach oben wie nach unten abweichenden Entwicklung des Lebensstandards einzelner Arbeitnehmerschichten ausgedrückt - je nach Teilarbeitsmarkt, also Branche, Qualifikation, Geschlecht, Status, Alter, Region.

Eine Folge dieser Entwicklung ist eine entscheidende Veränderung an der Basis gewerkschaftlicher Politik: Es existiert kein einheitliches Arbeitermilieu mehr, das Solidarität beziehungsweise Kollektivität als Teil der Lebenswelt für die gewerkschaftlichen Organisationen als Gratisgabe bereithält. Mit der Entwicklung des Lebensstandards seit 1950 wurden die sozialen Lebenslagen der Lohnabhängigen unterschiedlicher; die Arbeitssituationen, Teilarbeitsmärkte, Arbeitszeiten und -einkommen und die darauf Bezug nehmenden individuellen Ziele, Präferenzen und die selbstgewählten Lebensstile konnten auf Basis der Ausweitung der materiellen Möglichkeiten unterschiedlicher werden und sind es auch geworden. Durch die ökonomische und regionale Umstrukturierung seit 1975, durch neue Formen der sogenannten systemischen Rationalisierung, der Dequalifikation und Requalifikation durch die Anwendung neuer Technologien, durch die Teilung in Rationalisierungsverlierer und Rationalisierungsgewinner ist diese Ausdifferenzierung noch deutlicher zum gewerkschaftlichen Problem geworden. Das Elend der fünf Millionen Armen in der alten Bundesrepublik beispielsweise muß heute dem Gutverdienenden in einem beschäftigungssicheren Arbeitsmarkt in einer begünstigten Region überhaupt nicht mehr als drohende eigene konkrete Perspektive erscheinen - Solidarität ist somit kein individuell zwingend notwendiges Verhalten mehr.

Angesichts von Differenzierungen und Individualisierung ist die Unterfütterung des Gegensatzes von Lohnarbeit und Kapital durch eine milieube-

dingte Kollektivität nicht mehr gegeben; in einem gewissen Sinne werden dabei die Gewerkschaften Opfer ihres eigenen lohnpolitischen Erfolgs in der „Wirtschaftswunderzeit“. Damit droht aber die Artikulation der Lohnarbeitsinteressen in der Lohnpolitik zum bloßen Reflex der jeweiligen Konkurrenzbedingungen in und zwischen den Teilarbeitsmärkten zu werden. Denn Solidarität in den jeweiligen Teilarbeitsmärkten und eine Lohnpolitik, die dann nur noch auf den Arbeitsmarktbedingungen der jeweilig zu vertretenden Arbeitnehmergruppen beruht, droht die Konkurrenz zwischen den unterschiedlichen Arbeitnehmergruppen in unterschiedlichen Teilarbeitsmärkten zu bestätigen - statt diese zu überwinden! Solidarität in der Lohnpolitik - so wichtig sie ist und so sehr übrigens der jüngste Streik im öffentlichen Dienst seine Berechtigung hatte - ist somit kein Garant (mehr) für ein gesellschaftspolitisches Solidaritätsprojekt, kann, wie schon begründet, sogar spalten. Daß dies nicht nur innergesellschaftlich gilt, sondern sogar in besonderem Maße auf dem Weltmarkt zwischen nationalen Arbeitsmärkten, angesichts des europäischen Binnenmarktes, des ökonomischen Nord-Süd- und West-Ost-Gefalles, ist heute offensichtlich. Und der Verzicht auf eine solidarische Politikperspektive droht hier am ehesten dazu zu führen, daß ganze Arbeitsmarktsegmente durch die Mobilität und Konkurrenz der Arbeitskräfte zusammenbrechen.

Damit aber nicht genug: Ein steigendes Lohneinkommen garantiert angesichts der ökologischen Krise auch keineswegs mehr eine steigende individuelle Wohlfahrt. Denn das steigende Einkommen kann und wird in der Regel auch auf einem erfolgreichen kapitalistischem Wachstum beruhen, das zugleich eine extensive Vernutzung der Natur einschließlich der Arbeitskraft zur Voraussetzung haben kann, was wiederum die Lebensbedingungen gerade auch der Arbeitnehmerschaft verschlechtert. Der eigene Lebensstandard selbst wird unter Umständen sogar durch den Grad an Vernutzung der natürlichen Ressourcen mittels eines destruktiven Lebensstils definiert: Erinnert sei nur an das Auto, das nicht nur als Fortbewegungsmittel, sondern als Statussymbol gekauft wird - ob es nun Mercedes oder Manta heißt. Und sind die besonderen Interessen der Arbeiter heute - zum Beispiel in der Automobilindustrie oder als automobile Konsumenten - angesichts von Schadstoffbelastungen in den Ballungsräumen und von global drohender Klimakatastrophe - noch mit den allgemeinen Interessen der Menschheit identisch?

V.

Das Dilemma einer solidarischen Gewerkschaftspolitik besteht heute darin, daß eine solidarische Politik nicht nur angesichts der vielfältigen Formen der Marginalisierungen dringend notwendig ist, sondern zugleich deren Durchsetzungsbedingungen angesichts der Komplexität der Mitgliederinteressen ungleich schwieriger geworden sind. Es scheint so, daß Gewerkschaften, besonders große Industriegewerkschaften und solche des Öffentlichen Dienstes, zum permanenten Spagat verurteilt sind: zwischen Rationalisierungsgewinnern und -Verlierern, zwischen unterschiedlichen Branchenteilen und Regionen, zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen, zwischen Männern und

immer noch unterprivilegierten Frauen, zwischen Arbeitsmärkten in West und Ost, Nord und Süd, zwischen Ökonomie und Ökologie. Und dieser permanente Spagat heißt eben permanentes Teilen, das dann verbindet. Es heißt zugleich, das Risiko einzugehen, daß sich *die* Mitglieder nicht mehr vertreten fühlen, die für sich „mehr“ hätten herausholen können, wenn - ja wenn eben nicht mit anderen Gruppen (nicht nur im eigenen Organisationsbereich, sondern auch auf einer gesellschaftlichen Ebene) geteilt worden wäre beziehungsweise wird.

Diese gewerkschaftspolitischen Probleme werden aber durch den Emanzipationsprozeß von Individuen - in den Gewerkschaften mit einem eher negativen Unterton „Individualisierung“ genannt - noch komplexer: Denn die Arbeitnehmer/innen und die Mitglieder leiden ja nicht immer unbedingt unter dem, was in der gewerkschaftlichen Diskussion negativ besetzt als „Flexibilisierung“ und „Differenzierung“ diskutiert wird. Oft sind darin auch Selbstbestimmungspotentiale für die einzelnen enthalten, auf die diese ungern zugunsten einer als Solidarität in den Gewerkschaften mißverstandenen starren Regulierung von Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen verzichten - zumal angesichts wachsender Differenzierung auch hier gilt, daß Ungleiches ungleicher wird, wenn man es gleich behandelt. Die Alternative für die Gewerkschaftspolitik kann aber nicht die neokonservative Lösung der Deregulierung sein. Statt dessen müssen neue Regulierungsformen entwickelt und durchgesetzt werden, die den unterschiedlichen Arbeits- und Lebenslagen und -wünschen gerechter werden, als es starre Regulierungen sein können, die aber zugleich angesichts der damit auch einhergehenden individuellen Risikosteigerung mehr soziale Sicherheit für die einzelnen bedeuten müßten. Denn Individualisierung - so hat zu Recht ein eher konservativer Soziologe der Regierung Kohl ins Stammbuch geschrieben - erfordert mehr soziale Sicherheit statt weniger.

VI.

Weder die Mitgliederinteressen noch die Gesellschaft sind heute also einfach strukturiert und durch einfache, von oben vergebene Ziele und eine dementsprechende Politik „über einen Leisten zu schlagen“. Damit stellt sich aber zugleich ein grundsätzliches organisatorisches Problem: Sind die formale Struktur der klassischen Gewerkschaft und die darauf aufbauende politische Kultur überhaupt noch fähig, diesen unterschiedlichen Anforderungen, den komplexen Mitgliederinteressen gerecht zu werden und das „verbindende Teilen“ zu organisieren? Ist es nicht viel einfacher, nach dem Muster des ADAC Politik zu machen, das heißt in einer hierarchischen Organisation die jeweiligen Interessen nach den jeweiligen Bedingungen durchzusetzen - ohne sich um gesellschaftliche oder auch innergewerkschaftliche Solidarität zu kümmern?

In der Tat hat - wenn ich es richtig sehe - die überkommene Struktur der Gewerkschaften große Schwierigkeiten mit den komplexen Vereinheitli-

chungsprozessen. Denn sie sind für die Verarbeitung einfacher Informationen in einfache Entscheidungen ausgelegt - was sich an der Interessenvielfalt, aber vor allem auch an den Selbstbestimmungsinteressen der Mitglieder bricht. In dieser Situation können sinnvolle Entscheidungen nur getroffen werden, wenn *vor* diesen Entscheidungen ein Diskurs geführt wird. Diskurs meint hier zunächst einmal, daß das Ziel oder die Entscheidung selbst noch nicht von vornherein feststehen, sondern erst das Ergebnis eines Diskussionsprozesses sind, in dem die einzelnen Teilnehmer/innen prinzipiell gleich sind. Ein Diskurs setzt dabei nicht nur voraus, die „eigenen Interessen zu erkennen und die eigenen Deutungen vertreten zu können, sondern auch die Fähigkeit, die eigene Deutung zu verändern“ (Rainer Zoll). Der Diskurs erfordert daher das Sich-Einlassen auf inhaltliche Auseinandersetzungen. Entsprechend verändert sich dann auch die Funktion von Gewerkschaftsfunktionären im Diskurs: Sie können eben nicht mehr nur „Funktionäre“ sein, die die vorhandenen gemeinsamen Ziele („Beschlüßlage“) „exekutieren“, sondern sie müssen immer mehr in eine „Moderatorenrolle“ schlüpfen: den Diskurs initiieren und moderieren und dabei sich auf „Kommunikation“ und nicht auf „Funktion“ einlassen.

Der hier beschriebene Diskurs wäre also ein offener Prozeß, der-wenn er gelingt - zu einem Ergebnis führt, das von möglichst vielen Teilnehmer/innen auf der Basis des vernünftigen Abwägens von Argumenten anerkannt wird. Das Ergebnis ist also nicht durch Amt, Stand, Programm, Sitte, Interesse und so weiter vordefiniert - weil man ja gerade darin heute jene Einheitlichkeit, die (vielleicht) früher einmal Bestand hatte, nicht mehr vorfindet: Einheit und Solidarität müssen in einer modernen Gewerkschaft Ergebnis eines Diskussionsprozesses, eines Diskurses sein. Erst dann kann auch das „Teilen in einer Klasse“ akzeptiert werden, wenn es nämlich nicht als „Beschlüßlage“ von oben verkündet wird, sondern Ausdruck eines innergewerkschaftlichen Diskussions- und Verständigungsprozesses ist. Einheit kann heute nicht mehr unbefragt der innergewerkschaftlichen Diskussion vorausgesetzt werden, was übrigens die Diskussion auch praktisch belanglos machen würde - eben zum Geschwätz. Dabei ersetzen Diskurse nicht den Konflikt, sondern sind innergewerkschaftlich als eine Form der Vereinheitlichung eine Voraussetzung für den Konflikt mit dem Tarifgegner. Solidarität als gesellschaftspolitisches Projekt, Teilen, das verbindet, schließen also auch andere gewerkschaftliche Organisations- und Politikstrukturen ein, als sie unter den Bedingungen der Lagerkultur in der klassischen Arbeiterbewegung möglich - vielleicht sogar notwendig - waren.

VII.

Teilen verbindet. Dieses Motto kann als Einforderung von Solidarität in einer ungemein komplex und sozial wie ökologisch unsicher gewordenen Welt verstanden werden. Und dieses Motto ist nicht nur als eine moralische Forderung zu verstehen (oder als „moralinsauer“ zu diffamieren), auch wenn ich mich hier im Unterschied zu so manchem klassenkämpferischen Mairedner

ausdrücklich in die Tradition der deutschen Gewerkschaftsbewegung stelle und mich zu der Norm der Solidarität als Erfordernis einer menschlichen Gesellschaft bekenne. Diese Forderung wird darüber hinaus immer mehr eine nackte Notwendigkeit der Effizienz der Gewerkschaftspolitik werden, will diese nicht - mit dem Pathos des Klassenkampfes geschmückt - dem besagten ADAC gleich werden und nur noch einzelne Arbeitsmarktsegmente ohne allgemeinen solidarischen Anspruch vertreten. Denn die innergesellschaftlichen Marginalisierungen von zur Zeit immer größeren Arbeitnehmer/innen-gruppen, das Nord-Süd- und das West-Ost-Gefälle werden entweder durch solidarische Umverteilung gelöst oder aber in Form von Armenrevolten, gar nicht zu verhindernden Migrationsströmen und durch das Zusammenbrechen der Arbeitsmarkt-, Gesellschafts- und Politikstrukturen bei uns offenbar werden und eine Umverteilung gewaltsam erzwingen. Und auch die ökologische Krise wird, wenn nicht zugunsten der natürlichen Lebensgrundlagen umverteilt wird, zunächst besonders die Arbeits-, Existenz- und Überlebensbedingungen gerade der sozial Schwächeren bei uns beeinträchtigen - von den ökologischen Gefährdungen aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer inner- und außerhalb der Arbeit einmal ganz abgesehen.

Gewerkschaften tun beziehungsweise täten heute gut daran, gesellschaftliche Solidarität nach innen einzufordern - aus eigener Überzeugung heraus *und* um in den Solidaritätsforderungen nach außen gegenüber Kapital und Staat glaubwürdig zu bleiben. Und sie tun gut daran, sich jetzt schon als Teil einer gesellschaftlichen Bewegung zu verstehen, die einen neuen Solidaripakt in der gegebenen Gesellschaft wirtschafts- und gesellschaftspolitisch begründet und einfordert - einen Solidaripakt, der dann allerdings auch die anderen gesellschaftlichen Gruppen in die Pflicht nehmen müßte und dies auch legitimieren könnte. Versäumen sie diese Gelegenheit der Aufklärung und des solidarischen Beispiels, dann werden andere die dumpfen Ängste auf Basis der realen Existenzbedrohungen und Konkurrenzen in der Bevölkerung aufgreifen — sie sind schon dabei! — und in autoritären politischen Formen zu lösen versuchen - Formen, die mit Solidarität und gewerkschaftlicher Emanzipation nichts mehr zu tun haben und die auch die Existenz der Gewerkschaften zur Disposition stellen werden. Denn in einer „Festung Deutschland“ oder einer „Festung Europa“ wird Solidarität schnell zum Fremdwort werden.

In dieser Perspektive ist daher das Mai-Motto des DGB nachdrücklich zu begrüßen: als ein Stein, der - einmal ins Wasser geworfen - eine gewerkschaftliche und gesellschaftliche Diskussion provozieren kann, der Hoffnung signalisiert und der so den ökonomisch und politisch herrschenden Gruppen in der Gesellschaft mehr Kopfzerbrechen bereiten könnte als so manche massenwirksame, aber oft genug hohle Klassenkampfparole. Eine solche Diskussion und die Durchsetzung ihrer Ergebnisse in einer strukturell ungleichen Gesellschaft wird übrigens auf Sanktionsmittel wie dem des Streiks von Seiten der abhängig Beschäftigten nicht verzichten können.